

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen
und für Anzeigen die Postämter
einlegen. — Erscheint werktäglich.
Jahrespreis 12. —

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen
und für Anzeigen die Postämter
einlegen. — Erscheint werktäglich.
Jahrespreis 12. —

Telegraphische: Auer Tageblatt. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Druck- und Verlagsanstalt Auer, Leipzig Nr. 1000

Nr. 159

Sonntag, den 11. Juli 1926

21. Jahrgang

Verlagen und Vertagen.

Von Theodor Feust, M. A. R.

Es wäre ein ausföhrliches Beginnen, mit dialektischen Ränken die Niederlage wegzubeweisen, die der Gedanke und auch die Wirkungskraft des demokratischen Parlamentarismus mit dem Ausgang der Session erlitten hat. Das Ansehen des Reichstages ist gesunken und leider nicht ohne Grund. Er kann, wenn er um seine Reputation und um eine bessere Note in der Geschichte kämpfen will, darauf hinweisen, daß er sehr fleißig gewesen ist, in der Haushaltsberatung, bei der Erlebigung einiger komplizierter Gesetze — aber solche Verteidigung will niemand recht anhören. Denn allzu grell ist der Mißerfolg der Ränke in der eigentlichen Staatspolitik platziert.

Wer das System anerkennt, sei es um seines ideologischen Hintergrundes, sei es einfach um seiner geschichtlichen Gebundenheit willen, wird veranlaßt sein, über den Tatbestand solcher Krise ernst nachzudenken; es ist kein Trost, zu wissen, daß sie auch durch andere parlamentarische Länder zu wandern scheint. Mit dem Wort von den „Rinderkrankheiten“ ist es nicht mehr getan, das gerne in Umlauf gesetzt war; einige dieser Krankheiten haben auch einen gefährlicheren und hartnäckigeren Charakter, wenn sie bei einer „reiferen Jugend“ auftreten. Und in solchen Stand möchte doch die deutsche Demokratie langsam gekommen sein.

Nun steht gewiß ein einheitlicher Renner, auf den die Abfolge der deutschen Parlamentstagen gebracht werden könnte. Ihre größere Hälfte erscheint, historisch gesehen, nur als Reflexbewegung außerparlamentarischer Äußerer — Londoner Ultimatum, Entscheidung über Oberschlesien, es sind schmerzliche Erinnerungen. Die akuten Pressionen der Außenpolitik sind seit 1924 zurückgetreten — die an den Locarnopakt sich anschließende Kabinetskrise lag wohl im Licht der Außenpolitik, war aber doch völlig von Parteimotiven bewegt. Rathen's Sturz war durchaus innenpolitischer Vorgang. Und so auch die Krise der letzten Wochen, die freilich nicht zu einer dramatischen Exposition führte, sondern wie eine unbegreifliche und schlecht komponierte Komödie über das Thema „Strungen und Wirrungen“ abließ.

Nun kann man bei der Feststellung der „Schuld“ ein abgeklärtes Verfahren einschlagen. Man stellt fest, daß die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit starker einer agitatorischen Möglichkeit als einer verantwortlichen Staatspolitik sich verpflichtet fühlt. So stellt es sich dar und so liegt es wohl auch — die Passivität der stärksten Partei bei der Kabinetsbildung im Januar war ja schon nichts anderes als die Duvetüre zu der Politik, wie sie jetzt beibehalten wurde. Aus jenem unbehaglichen Zur-Seite-Stehen ergab sich das Uebel mit einer ziemlich fest errechenbaren Folge-Rotwendigkeit. Aber dazwischen liegt nun auch die Wirkung der verfassungsmäßigen Anlage, die bei der Wesperehung der Frage fast immer übersehen wird: Volksbegehre und Volksentscheid sind mit der parlamentarischen Gesetzgebung so eng verknüpft, daß sie nicht als getrennte Aktionen lauten — der Reichstag muß zu ihren Stappen Stellung nehmen. Er kann, wenn er ein „Ja“ ausspricht, die große Anstrengung des Volkenscheitels überflüssig machen.

Und hier öffnet sich die große Frage, ob es denkbar ist, daß er das je einmal tun wird. Was theoretisch möglich, ist praktisch sehr unwahrscheinlich. Denn die plebiszitäre Gesetzgebung muß immer, ihrer Natur nach, einfach und eindeutig sein, um das Bewußtsein der Massen zu fesseln; was aber an legislativer Arbeit aus dem deutschen Reichstag herauskommt, ist immer die Resultante sehr verschiedener Kräfte, mühsam abgewogene Kompromissarbeit. Wenn nun in ihrer technischen Form und in ihrem Sachgehalt so verschiedene Arten der Gesetzgebung gleich legitim sind und getrennt voneinander begleitet, wird eine von ihnen immer die Schwächere sein. Wir haben, als jetzt die Fraktionsfrage die Monate hindurch auf der Tagesordnung war, die Ungebuld weiter Kreise des Volkes verstanden, die durch ein halbwegs befriedigendes Gesetz des Reichstages der eigenen Entscheidung am 20. Juli entzogen sein wollte. Aber wir waren von der Unmöglichkeit dieses so wünschenswerten Ausganges überzeugt, von dem Augenblick an, da die Sozialdemokratie, entgegen ihrem anfänglichen Spott über den kommunistischen Gesetzentwurf, zu dessen Stütze sich gemacht hatte. Damit war für das Parlament die erste Schlacht verloren, oder sie kam eigentlich gar nicht zur Entfaltung — es war ein stiller Stellungskrieg im Parlament bei dem die schwachen Stellen der Gegenseite erludigt, aber nichts Erstes unternommen wurde. Denn brauchen ging ein großes Ringen vor sich. Konnte man von der Sozialdemokratie erwarten, daß sie zweierlei Politik zur gleichen Zeit betreibt? Dazu gehört eine größere Beweglichkeit, eine stärkere Chance für den Führer, als die Massenorganisation anboten in der Lage scheint. Offenbar ist es unmöglich, gleichzeitig mit Trommeln und Trompeten proletarische Marschmusik zu veranstalten und an einem parlamentarischen Kammerorchester mit Geigen, Oboen und milden Flöten beteiligt zu sein. Die Blechmusik muß erst verklungen sein, ehe die anderen Ränke versucht werden dürfen.

Aber jener Värm der Wochen hat vielen offenbar das Gedröck verlagert; das Echo klingt in ihren Ohren und macht sie taub für eine etwas zarter durchgebildete Instrumentierung. So konnte es kommen, daß die Sozialdemokratie von der agitatorischen Betrachtung des Problems sich nicht losriß, um für eine staatspolitische Behandlung sich freizumachen. Ihre verantwortungsbewußten Reute haben sich

darum reiblich, aber erfolglos bemüht, und die Saat geerntet, die sie hätten nicht austreuen lassen dürfen. Die Fraktions-erklärung, die noch eine Anzahl von Wünschen und Beschwerden in der Fraktionsauseinandersetzung aufzählte, machte so gespenstisch lächerlich wirken — denn um dieses Mehr oder Weniger drehte es sich gar nicht. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun in Preußen hätte noch vor wenigen Monaten nicht im lächsten Traum das Bild gesehen, daß ihm die Deutsche Volkspartei des Reiches (nicht Preußens) ein Gesetz entgegenbringen würde, das ein solches legitimes Verlangen der hohenzollerischen Ansprüche in sich schloß. Diese Einzelbünde waren in der Stunde der Entscheidung ganz weggefallen; was diese verlangte, war weder juristische Interpretation, noch technische Komplizierung, weder Rückwirkungsfrist noch Aufwertungsgründe, sondern Politik.

Das war natürlich auch der Sozialdemokratie klar, und die Tafeln, auf denen ihre unbefriedigten Wünsche aufgeschrieben wurden, waren auch nichts anderes als eine spanische Wand, hinter der Politik gemacht wurde. Freilich eine miserabel schlechte. Die Weidenburger Wahlen mit dem kommunistischen Zusammenbruch, hätten ihr Mut machen können, in ihrer Tätigkeit von links sich zu lösen — sie hat ihn nicht gefunden. Aber schließlich ist die Frage so bedeutender Natur, daß sie überhaupt nicht bloß eine Sache tatlicher Entscheidung ist; hier war ein Strategem als Aufgabe gestellt. Nämlich ob die demokratischen Parteien die Demokratie anerkennen und ob sie die demokratischen Institutionen aktiv machen oder erhalten wollen. Wie immer man die vierzehn

Millionen des Volkenscheitels bewerte, überauswengig oder nicht: sie bedeuten ziffernmäßig einen Mißerfolg. Nur Harren, revolutionäre Literaten oder kommunistische Dauerdemagogen konnten sie als Anlaufbreit zum Weisprung in die völlige Enteignung interpretieren. Die Sozialdemokratie, die sich zur Demokratie bekennt, muß einen Mißerfolg als Abbruch anerkennen, indem sie das nicht tat, sondern trotz allem eine Art von Sieg herauslesen wollte, verlor sie den festen Grund einer ruhigen Operation und hat nun mit dazu gegeben, das Parlament, das zur Aktion freigeworden war, erneut zu lähmen.

Die Spuren dieser Handlungsweise sind in dem Bewußtsein all derer, die als Nicht-Sozialisten die Organe der Demokratie führen wollen, tief; sie werden sich nicht so rasch und leicht verwischen lassen, und die Gestaltung der deutschen Entwicklung mag sich, mehr als den Sozialdemokraten klar war, an dieser ihrer Stellungnahme orientieren. Das Vertrauen in den Reichstag und das Ansehen der (freilich unsicher arbeitenden) Regierung haben schwere Einbuße erlitten; wer wagt zu glauben, daß diese paar Monate Pause auch in solchem Betracht Erholungsgeld sein werden? Die anspruchsvolle Geistesart des Reichstages, die ihre elementaren Selbstbefindungen am deutlichsten bei den Zwischentufen offenbart, hat diesmal gern und ausgiebig mit „Fraktionskrieg“ und „Fraktionsbieder“ operiert; wach grausam und groteske Ironie, daß die größte republikanische Partei sich noch damit hat, als Abbruch einer Sitzungsperiode den Fraktionen nun nicht mit dem Wort, sondern mit der Tat Dienste zu erweisen.

Dr. Curtius über das Reichswirtschaftsprogramm.

Kreditbeschaffung, Förderung der Einfuhr, Abschluß von Handelsverträgen, produktive Erwerbslosenunterstützung.

Düsseldorf, 9. Juli. Heute fand die vierte Bundesausschussung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, an der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und als Vertreter des Reichsarbeitsministers Ministerialdirektor Dr. Weichert teilnahmen. Nach der Eröffnungssprache des Vorsitzenden Leiharzt und Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Dr. Behr hielt Bruno Broeder ein Referat über die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge. Hierauf ergriff

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

das Wort und führte etwa folgendes aus:

Die gewaltige Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Krise, die die verantwortungsvolle Beachtung der Reichswirtschaftspolitik erfordert. Die Reichsregierung hat daher in Fortsetzung und Erweiterung der bisherigen Maßnahmen einen umfassenden Plan aufgestellt, um angesichts der außerordentlichen Notlage neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die sich noch in diesem Jahre auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen. Um alle bürgerlichen Hemmungen bei der Durchführung des von der Reichsregierung festgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beseitigen, hat die Reichsregierung einen mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Ministerialausschuß eingesetzt, der die Durchführung dieses Programms in enger Fühlung mit den Länderregierungen gewährleisten soll. Der Minister ging sodann auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur

Schließung des Arbeitsmarktes und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten

ein, die von der Reichsregierung im letzten halben Jahr beschlossen worden und in der Durchführung begriffen sind. Die sich teilweise aber erst jetzt und in den kommenden Monaten auswirken werden. Die bisherigen Maßnahmen lassen sich in fünf Gruppen teilen. Zunächst galt es naturgemäß, um angesichts der außerordentlichen Notlage neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die sich noch in diesem Jahre auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen. Um alle bürgerlichen Hemmungen bei der Durchführung des von der Reichsregierung festgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beseitigen, hat die Reichsregierung einen mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Ministerialausschuß eingesetzt, der die Durchführung dieses Programms in enger Fühlung mit den Länderregierungen gewährleisten soll. Der Minister ging sodann auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur

Die fünfte Gruppe der Wirtschaftsmassnahmen führt nicht auf das Gebiet allgemeiner wirtschaftlicher Übergangsmassnahmen. Hierzu gehört auch

das gegenwärtige Stadium unserer Handelsvertragspolitik. Mit Dettland ist soeben ein Handelsabkommen auf der Grundlage der Mostbegünstigung abgeschlossen worden. Das kleine Abkommen mit Dänemark schließlich schließt die gleichmäßige Behandlung unserer Handelsvertreter. Von den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen möchte ich zunächst die mit Frankreich hervorheben. Im Augenblick wird zwischen beiden Regierungen über ein Zollabkommen verhandelt, das den Wirtschaften beider Länder die Betätigung auf dem Markte des anderen erleichtern soll. In den Verhandlungen mit der Schweiz sind wir zu einer so weitgehenden Annäherung auf den einzelnen Verhandlungsgebieten gelangt, daß mit einem baldigen Abschluß gerechnet wird. Ebenso liegt es mit Japan. Es schweben dann noch die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, die sich ganz besonders schwierig gestalten, sowie mit der Türkei, mit Griechenland und mit Mexiko. Mit Litauen und der Tschechoslowakei werden die Verhandlungen demnächst eröffnet.

Zur Förderung des Exportes

mußten auch neue Wege beschritten werden, so der der Exportkreditversicherung und der des Rußengeschäftes. Die Bestrebungen des Reiches zur Schaffung einer Exportkreditversicherung haben zu einem Erfolg geführt. Die Versicherungsgesellschaft hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Ein beträchtlicher Teil dieser Versicherungen betraf Auslandsaufträge gerade solcher Industrien, die, wie z. B. die Kleinmetallindustrie, besonders schwer unter dem Verluste ihrer früheren Absatzmärkte zu leiden haben. Weitere Anträge sind in Bearbeitung. Sie bewegen sich nach Zahl und Umfang in aufsteigender Linie. An der Schaffung einer zweiten Form der Exportkreditversicherung, die sich an die Vorschläge der Hamburger Exporteurs anlehnt, wird mit Aussicht auf baldigen Erfolg gearbeitet. Im Laufe der nächsten zwei Wochen werden die Pläne abgeschlossen sein.

Nachdem ich so die Maßnahmen der Reichsregierung geschildert habe, die darauf hingingen, den deutschen Waren ein erweitertes Absatzgebiet im Ausland zu verschaffen, will ich auch die Bemühungen streifen, die die Reichsregierung aufgewandt hat,

um den innerdeutschen Markt anzulegen.

Hier waren insbesondere auf dem Gebiete des Kreditwesens manche Mängel zu beseitigen. Es galt zunächst den durch die Inflation und ihre Folgen verursachten Markt für langfristige Kredite wieder aufzubauen. Die hierauf hingelenkten Arbeiten der Reichsregierung sind durch die Enthaltung der Dinge unterstützt worden; Krisenliquidation, ausländische Hilfe, wohl auch ausländisches Kapital, dazu die ständig wachsende Sparfähigkeit haben eine Selbsttätigkeit herbeigeführt, die ihrerseits wieder den Anlagemarkt